



Ausgabe: Dezember 2018

Demokratie-Newsletter

1. Überblick	2
2. Allgemeines zum Thema «Demokratie»	3
3. Initiativen, Referenden und Gesetzesänderungen	3
4. Gerichtsurteile	4
4.1 Bundesgericht	4
4.2 Kantonale Entscheide	5
4.3 Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen UBI.....	5
5. Amtliche Informationen	6
6. Neue Volksinitiativen.....	7
7. International	7
8. Publikationen.....	8
9. Dokumentation und Kontakt.....	9



1. Überblick

Demokratie allgemein: Zwei Standesinitiativen der Kantone Uri und Zug sind am Widerstand des Nationalrates gescheitert.¹ Die Standesinitiativen aus dem Jahre 2014 wollten Eingriffe des Bundesgerichts in die kantonalen Wahlsysteme verhindern.² Die neuere Rechtsprechung des Bundesgerichts löste, insbesondere bei Parteien, die durch einen Wahlsystemwechsel Sitze einbüssten, Verärgerung aus. Die von der Staatspolitischen Kommission (SPK) des Ständerats ausgearbeitete Vorlage hätte den Kantonen mehr Freiheit bei der Ausgestaltung der Wahlsysteme (Majorz, Proporz oder Mischform) und bei der Festlegung der Wahlkreise eingeräumt.³

Neue Volksinitiativen: Die Eidgenössische Volksinitiative «*Gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer (Korrektur-Initiative)*» hat die Vorprüfung überstanden. Die Initianten haben nun bis zum 11. Juni 2020 Zeit um die benötigten Unterschriften zu sammeln.⁴ Die Initiative will die Bestimmungen für die Ausfuhr von Kriegsmaterial verschärfen. So soll der Kriegsmaterialexport in Bestimmungsländer, die in einen internen oder internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt sind oder systematisch und schwerwiegend Menschenrechte verletzen, verboten werden.⁵

Gerichtentscheide: Das Bundesgericht hat in einem zur Publikation vorgesehenen Urteil eine Beschwerde betreffend die «*Vollgeld-Initiative*» abgelehnt.⁶ Das Gericht entschied, dass eine von der Schweizerischen Nationalbank vor der Abstimmung veröffentlichte Publikation nicht zu beanstanden sei. Eine Medienmitteilung der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren sei zwar nicht statthaft gewesen, aber angesichts der begrenzten Bedeutung der Medienmitteilung und des klaren Abstimmungsergebnisses falle ein anderer Ausgang der Abstimmung allerdings ausser Betracht.

¹ Vgl. NZZ vom 15.12.2018, Nr. 292, S. 13.

² Vgl. Standesinitiativen des Kantons Zug vom 28. März 2014 (Nr. 14.307) und des Kantons Uri vom 7. Juli 2014 (Nr. 14.316).

³ Art. 39 Abs. 1^{bis} E-BV.

⁴ BBI 2018 7717.

⁵ Vgl. 107 Abs. 3 E-BV.

⁶ Urteile [1C 216/2018](#) und [1C 276/2018](#) vom 10. Dezember 2018.

2. Allgemeines zum Thema «Demokratie»

NZZ 05.12.2018, Nr. 283, S. 13

Die inszenierte Volkswahl - In den vergangenen 40 Jahren sind Bundesratswahlen zu einem publikumswirksamen Spektakel geworden.

NZZ 12.12.2018, Nr. 289, S. 14

Richtervereinigung gegen Mandatssteuern - Eine Säule der Parteienfinanzierung in Gefahr.



13.12.2018, Nr. 290, S. 4

Verfassung soll mit Medienartikel ergänzt werden - Parlamentarier wollen Verfassungsgrundlage zur Presseförderung schaffen.

NZZ 15.12.2018, Nr. 292, S. 13

Angriff gegen das Bundesgericht scheitert - Der Nationalrat lehnt eine Verfassungsänderung ab, die den Kantonen einen Freipass bei der Ausgestaltung ihrer Wahlsysteme eingeräumt hätte.

NZZ 20.12.2018, Nr. 296, S. 14

400 Hacker kämpfen gegen das E-Voting - Trotz wachsender Kritik von Politikern und Fachleuten möchte der Bundesrat E-Voting schweizweit einführen.

3. Initiativen, Referenden und Gesetzesänderungen

NZZ 01.12.2018, Nr. 280, S. 14

Abspecken oder sterben, das ist hier die Frage - Die Umsetzung der «Abzocker»-Initiative durch den Bundesrat war ein leuchtendes Beispiel für Respekt vor der Verfassung.

NZZ 03.12.2018, Nr. 281, S. 13

SP beschliesst Volksinitiative - Delegierte fordern Entlastung bei Krankenkassenprämien.



04.12.2018, Nr. 282, S. 5

Aus der Traum von der Westschweizer Einheitskasse - Zwei Initiativen zur Entmachtung der Kassen scheitern wohl mangels Unterschriften.

NZZ 20.12.2018, Nr. 296

- Allgemeine Anregung - Die andere Art der Volksinitiative. (S. 11)
- Neue Volksinitiative will das Rentenalter anpassen - Ein ehemaliger Pensionskassenverwalter möchte in der Altersvorsorge die Umverteilung zulasten der Jungen stoppen. (S. 15)

4. Gerichtsurteile

4.1 Bundesgericht



Schweizerisches Bundesgericht, Urteil vom 1. November 2018 ([6B_235/2018](#))
(*Leitentscheid*)⁷

Das Bundesgericht äussert sich zur strafrechtlichen Landesverweisung (Art. 66a ff. StGB) im Zusammenhang mit dem FZA. Das Bundesgericht nimmt dabei Bezug auf die Ausschaffungsinitiative und deren Umsetzung durch das Parlament. Das Bundesgericht hält fest, dass wenn sich Landesrecht völkerrechtskonform anwenden lässt, sich die Frage einer Normenhierarchie nicht stelle, weshalb das Gericht die Frage offen lässt. ([Medienmitteilung](#))



Schweizerisches Bundesgericht, Urteil vom 26. November 2018 ([1C_136/2018](#))
(*Leitentscheid*) (f)

Ungültigkeit der kantonalen Verfassungsinitiative «Immigration libre et frontières ouvertes: Gardons nos places de travail en priorité pour nos résidents». Der Staatsrat erklärte die Initiative für ungültig, da sie nicht mit übergeordnetem Recht vereinbar sei (insbes. FZA). Das Kantonsgericht bestätigte diesen Entscheid. Das Bundesgericht weist die Beschwerde ab.



Schweizerisches Bundesgericht, Urteil vom 3. Dezember 2018 ([1C_259/2018](#))

Der Beschwerdeführer erhob Stimmrechtsbeschwerde beim Verwaltungsgericht des Kantons SZ mit dem Antrag, die Position CHF 869.361.00 im Voranschlag des Bezirks Einsiedeln für das Jahr 2018 aufzuheben. Zur Begründung machte er geltend, die Bezirks-gemeinde sei vom Bezirksrat über die Tragweite des Budgetpostens irreführt worden. Das Bundesgericht weist die Beschwerde ab.



Schweizerisches Bundesgericht, Urteil vom 3. Dezember 2018 ([1C_636/2018](#)) (f)

Abstimmung vom 25. November 2018 betreffend eidgenössische Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter» (Selbstbestimmungsinitiative). Das Bundesgericht tritt auf die Beschwerde nicht ein und überweist die Beschwerde an den Staatsrat VS.



Schweizerisches Bundesgericht, Urteil vom 10. Dezember 2018 ([1C_216/2018](#))
([1C_276/2018](#)) (*Leitentscheid*)⁸

Gemäss Bundesgericht ist eine von der Schweizerischen Nationalbank vor der Abstimmung veröffentlichte Publikation nicht zu beanstanden. Eine Medienmitteilung der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren sei zwar nicht statthaft gewesen. Angesichts der begrenzten Bedeutung der Medienmitteilung und des klaren Abstimmungsergebnisses falle ein anderer Ausgang der Abstimmung allerdings ausser Betracht. Das Bundesgericht weist die Beschwerde ab.

([Medienmitteilung](#))

⁷ Vgl. auch TA vom 06.12.2018, Nr. 284, S. 7; NZZ vom 06.12.2018, Nr. 281, S. 17.

⁸ Vgl. auch [swissblawg vom 26.12.2018](#), und NZZ vom 22.12.2018, Nr. 298, S. 13.



Schweizerisches Bundesgericht, Urteil vom 10. Dezember 2018 ([1C_637/2018](#))

Gültigkeit der kommunalen Volksinitiative: «Genève Zéro Pub - Libérons nos rues de la publicité commerciale!». Der Staatsrat GE erklärte die Initiative für teilweise gültig. Das Kantonsgericht hob diesen Entscheid auf und wies den Entscheid zur Neubeurteilung an den Staatsrat zurück. Das Bundesgericht weist die Beschwerde gegen diesen Entscheid ab.



Schweizerisches Bundesgericht, Urteil vom 12. Dezember 2018 ([1F_39/2018](#))

Revisionsgesuch gegen das Urteil [1C_613/2018](#) vom 21. November 2018 im Zusammenhang mit der Volksabstimmung vom 25. November 2018 betreffend die Selbstbestimmungsinitiative. Das Bundesgericht tritt auf das Revisionsgesuch nicht ein.

4.2 Kantonale Entscheide



Urteil des Verwaltungsgericht Zürich vom 5. Dezember 2018 (VB.2018.00611 und VB.2018.00612)

Der Zürcher Stadtrat und später der Bezirksrat erklärten die kommunale Initiative «Züri autofrei» für ungültig. Das Verwaltungsgericht kam zu einem anderen Schluss und erklärte die Initiative für gültig.⁹ Bei der vorliegenden Initiative bestehe zwischen ihrem Sinn und Zweck und den Geboten des übergeordneten Rechts kein unauflösbarer Widerspruch, der zu einer Ungültigerklärung führen müsste. Das Gericht heisst die Beschwerde gut.

4.3 Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen UBI



Entscheid der UBI vom 26. November 2018 ([b. 789](#))

Die UBI weist eine Populärbeschwerde zur Diskussionssendung «Arena» zum Waffenrecht ab. Das Sachgerechtigkeitsgebot sei nicht verletzt worden. Die UBI stellte fest, dass die wesentlichen Fakten zur Revisionsvorlage des Bundesrats in zutreffender Weise vermittelt worden seien, Befürworter und Gegner ihre Positionen eingehend darstellen konnten und der Moderator beide Seiten in gleicher Weise behandelte.

⁹ NZZ vom 20.12.2018, Nr. 296, S. 17.

5. Amtliche Informationen



[Medienmitteilung des Bundesrates vom 7. Dezember 2018](#)

An seiner Sitzung vom 7. Dezember 2018 hat der Bundesrat den Kantonen Bern, Luzern, Freiburg, Basel-Stadt und Genf die Grundbewilligungen für Versuche mit der elektronischen Stimmabgabe bei eidgenössischen Abstimmungen erneuert. Die jeweils befristeten Bewilligungen gelten ab dem Urnengang vom 10. Februar 2019.



[Bundesblatt vom 11. Dezember 2018](#)

- Botschaft zur Volksinitiative «Für eine starke Pflege (Pflegeinitiative)». ([BBI 2018 7653](#)) ([BBI 2018 7675](#))
- Parlamentarische Initiative. Eine Regelung für transparentes Lobbying im eidgenössischen Parlament. Bericht der Staatspolitischen Kommission des Ständerates vom 11. Oktober 2018. Stellungnahme des Bundesrates. ([BBI 2018 7679](#))
- Kreisschreiben des Bundesrates an die Kantonsregierungen über die Ermittlung der Ergebnisse eidgenössischer Volksabstimmungen mit technischen Mitteln. ([BBI 2018 7683](#))



[Leitfaden der Datenschutzbehörden von Bund und Kantonen vom 1. Dezember 2018](#)

Anwendung des Datenschutzrechts auf die digitale Bearbeitung von Personendaten im Zusammenhang mit Wahlen und Abstimmungen in der Schweiz.



[Bundesblatt Nr. 50 vom 18. Dezember 2018](#)

- Botschaft zur Gewährleistung der geänderten Verfassungen der Kantone SZ, ZG, FR, BS, BL und AI ([BBI 2018 7741](#)) ([BBI 2018 7753](#))
- Bundesratsbeschluss über das Ergebnis der Volksabstimmung vom 10. Juni 2018 (Volksinitiative «Vollgeld-Initiative»; Bundesgesetz über Geldspiele [Geldspielgesetz, BGS]) ([BBI 2018 7755](#))
- Bundesratsbeschluss. Gesuche der Kantone Bern, Luzern, Freiburg, Basel-Stadt und Genf für eine Grundbewilligung für Versuche mit der elektronischen Stimmabgabe in den Jahren 2019–2020 ([BBI 2018 7759](#))



[Medienmitteilung des Bundesrates vom 19. Dezember 2018](#)

An seiner Sitzung vom 19. Dezember 2018 hat der Bundesrat entschieden, das Vernehmlassungsverfahren für die Überführung des elektronischen Stimmkanals in den ordentlichen Betrieb zu eröffnen. Mit einer Teilrevision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte (BPR) soll die aktuelle Versuchsphase beendet und die elektronische Stimmabgabe als dritter Stimmkanal verankert werden.

6. Neue Volksinitiativen



Vorprüfung. Eidgenössische Volksinitiative «Gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer (Korrektur-Initiative)».
([BBI 2018 7717](#))

7. International

NZZ

11.12.2018, Nr. 288, S. 3

Richter geben Brexit-Gegnern neue Munition - Grossbritannien kann den EU-Austritt ohne die Erlaubnis der restlichen Staaten der Union rückgängig machen.

NZZ

19.12.2018, Nr. 295, S. 3

Sie fordern mehr Macht fürs Volk - Die Gelbwesten sehen die Schweiz als Vorbild, die von ihnen geforderten Volksinitiativen in Frankreich gehen aber viel weiter.

NZZ

21.12.2018, Nr. 297, S. 12

Lateinamerikas Demokratien sind in der Krise - Nach langer stabiler Entwicklung häufen sich die politischen Probleme in Lateinamerika. Die Lage verdient die Aufmerksamkeit der USA und Europas.



27.12.2018, Nr. 300, S. 8

In Polen ist der Rechtsstaat weiter auf dem Rückzug - Die Konzessionen der Regierung an die EU-Kommission sind trügerisch. Europa müsste seine Werte entschlossener wahren.

8. Publikationen



BLATTER JOACHIM/SOCHIN D'ELIA MARTINA/BUESS MICHAEL, Bürgerschaft und Demokratie in Zeiten transnationaler Migration: Hintergründe, Chancen und Risiken der Doppelbürgerschaft, Studie im Auftrag der Eidgenössischen Migrationskommission EKM, Dezember 2018. ([Link](#))



BRAUN BINDER NADJA ET AL. (Hrsg.), Jahrbuch für direkte Demokratie 2017, Baden-Baden 2018.



KAUFMANN CHRISTINE/REIMANN NILS, Entwicklungen im Staatsrecht, SJZ 114/2018 S. 571.



KLEY ANDREAS, Die Menschenrechte gelten bedingungslos, plädoyer 06/2018 S. 48.



KLEY ANDREAS/SEGESSEMANN TIM, Ungenügende Personalausstattung verletzt Grundrechte in Schweizer Langzeiteinrichtungen, Pflegerecht 4/18 S. 220.



LEUZINGER LUKAS, Wie die Schweiz das Panaschieren lernte, Napoleon's Nightmare Blog vom 31. Dezember 2018. ([Link](#))



Parlament/Parlement/Parlamento (Mitteilungsblatt der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen SGP), 100 Jahre Proporzwahlrecht, Dezember 2018, Nr. 3, 21. Jahrgang. ([Link](#))



RASELLI NICCOLO/LIVSCHITZ MARK, Streitgespräch zur Justizinitiative, «Der Kreis der Richter-kandidaten ist zu klein», plädoyer 06/2018 S. 6.



SCHINDLER BENJAMIN, Losverfahren – Möglichkeiten und Grenzen des ausgleichenden Zufalls, ZBI 119/2018 S. 617.



WERRO FRANZ, Indirekter Gegenentwurf zur Konzernverantwortungsinitiative - Haftungs-norm im Einklang mit der schweizerischen Tradition, sui generis Dezember 2018. ([Link](#))



WYSS MARTIN, Grauzonen der Rechtsetzung – Von Weisungen, Rundschreiben und anderen Erscheinungen, LeGes 29 (2018) 3.



9. Dokumentation und Kontakt



Sammlung der Demokratie-Newsletter: [Lehrstuhl Prof. Dr. A. Kley](#)



Vollständige Artikelsammlung: [Zentralbibliothek Zürich](#)



Vollständige Urteils- bzw. Entscheidsammlung (Schweiz):
[Schweizerisches Bundesgericht](#)

Felix Schiller, MLaw, LL.M.
Rechtswissenschaftliches Institut, Universität Zürich
Tel. +41 44 634 36 98
E-Mail: felix.schiller@rwi.uzh.ch
www.rwi.uzh.ch/kley

An- und Abmeldung:

[Link](#)

Wir freuen uns über Ihre Hinweise und Anregungen:

[Link](#)